

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Ausbau der erneuerbaren Energien wird intensiv gefördert



Foto: © European Union 2013 - EP

Energie sehr viel kostengünstiger gefördert werden. Für Ulmer ist kluges Vorgehen entscheidend: „Wir müssen die geographischen Vorteile Europas besser nutzen, um effizienter Energie zu gewinnen. Die Binnenmarktregelungen, die bei anderen Produkten und auf anderen Gebieten gelten, müssen nun auch für den Energiesektor greifen.“

Ulmer tritt für Augenmaß ein, bei der das Parlament „weder die Strompreise für den Verbraucher noch die industrielle Wettbewerbsfähigkeit vergessen darf.“

Das Parlament strebt bis zum Jahr 2020 einen Anteil von 20 Prozent erneuerbarer Energien an. In der öffentlichen Wahrnehmung geht es meistens um Solar- und Windanlagen, doch laut Dr. Ulmer muss auch die restliche Infrastruktur gefördert werden: „Bei den Netzen und Energiespeichern bleiben wir momentan hinter unseren Erwartungen zurück, hier müssen wir die notwendige



Foto: © European Union 2013 - EP

gen Grundvoraussetzungen schaffen.“

Während es in den vergangenen Jahren kaum Mittel für den Energiesektor im EU-Haushalt gab, werden laut EU-Energiekommissar Oettinger, der sich am Dienstag im Straßburger Plenum den Fragen der Abgeordneten stellte, im nächsten Haushalt 17 Milliarden eingeplant, dafür fünf Milliarden für die Infrastruktur und sechs bis sieben Milliarden für die Forschung.

Im Zuge der Energiewende soll der Anteil der erneuerbaren Energien stetig anwachsen. Die verschiedenen Förderungsmaßnahmen der EU-Mitgliedstaaten sind allerdings kaum mehr zu überblicken.

„Auf nationaler Ebene werden in der EU auf rund 170 verschiedenen Wegen die erneuerbaren Energien gefördert“, erklärt Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU). Die Konsequenz der unterschiedlichen Subventionen in den EU-Mitgliedstaaten ist ein

teurer Strompreis, da der europäische Binnenmarkt dadurch verzerrt wird. Europa kann in diesem Bereich für mehr Effizienz und bessere Rahmenbedingungen sorgen.

„Die erneuerbaren Energien sind keine Nischentechnologie mehr, wir müssen hier zu sinnvollen Regelungen für Subventionen in diesem Bereich kommen“, erläutert Ulmer weiter.

Durch ein an Europa ausgerichtetes System könnte

Reisen mit Tieren: Auflagen werden gelockert

Bei Reisen mit den eigenen Haustieren soll es nach dem Willen des Europäischen Parlaments weniger Hürden und reibungslosere Abläufe geben.

Seit dem Jahr 2003 gibt es strenge gesetzliche Vorschriften wie Pflichtimpfungen, einen EU-Helmtierausweis und eine Mikrokippkennzeichnung. Da diese Maßnahmen teuer, aufwendig und oft nicht zweckmäßig sind, schlägt der zuständige Ausschuss in einem Bericht die Lockerung einiger Vorschriften vor.

Der Europaabgeordnete und Mediziner Dr. Thomas Ulmer begrüßt die Vereinfachungen. Wenn keine Krankheiten im

Umfeld des Tieres nachgewiesen werden können, soll nach dem Ausschuss keine Impfpflicht mehr bestehen. Dadurch werde das Reisen mit Tieren nun einfacher und praktikabler.

„Zwar muss man immer noch vorsichtig sein, wir sollten aber keine übertriebenen Maßnahmen ergreifen“, so Ulmer.

Es geht um die Verständlichkeit und Vereinfachung der Vorschriften und um europaweite Helmtierausweise. Damit soll der bürokratische Aufwand verringert werden, der bei der Mitnahme von Haustieren gegeben war. Zur Verhinderung illegalen Tierhandels dürfen nur noch höchstens fünf Tiere mitgenommen werden.

Bei Ausstellungen oder Sportveranstaltungen soll es Sondergenehmigungen geben.

Durch Angleichungen von landesspezifischen Vorschriften müssen Tierhalter in Zukunft an der Grenze keine bösen Überraschungen mehr fürchten.

„Alles in allem sind europaweite Standards wünschenswert, sie kommen den Reisenden zugute und sind eine klare Verbesserung der bisher recht undurchsichtigen Gesetze der einzelnen Länder“, zeigt sich Ulmer erfreut.



Foto: © Busse

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

ESC als Politikum: Ulmer fordert Rücktritt von ARD-Unterhaltungskordinator



Foto: © Busse

Immer wieder wird gemunkelt, dass der Eurovision Song Contest (ESC) eine durchaus politische Dimension hat, gerade auch, wenn die neuen östlichen Teilnehmer des ESC sich gegenseitig die Punkte zuschieben. ARD-Unterhaltungskordinator Thomas Schreiber sieht im schlechten Ergebnis für Deutschland nun offenbar ein politisches Votum zur „Merkel’schen Rettungspolitik“. „Dazu sage ich nur: Schuster, bleib bei deinen Leisten“, so der Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer (CDU).

Ulmer weiter: „Herr Schreiber ist Unterhaltungskordinator und nicht politischer Sprecher der ARD. Dementsprechend sollte er auch keine politischen Statements abgeben, sondern sich fragen, welche Fehler im Vorfeld begangen wurden. Es gab herbe Kritik am neuen Auswahlverfahren der ARD für den ESC. Gerade das komplizierte Verrechnungsverfahren und die Entscheidung der Jury, völlig am Voting von Hören und Publikum vorbei, war umstritten. Vielleicht sollte Herr Schreiber aus diesen Fehlern Konsequenzen ziehen und zurücktreten, anstatt die Schuld in der Politik zu suchen.“

Island kündigt Referendum über EU-Beitritt an

Nach den Parlamentswahlen in Island kündigt die neugewählte Koalition aus der konservativen Unabhängigkeitspartei und der zentrischen Fortschrittspartei an, dass es ein Referendum über den EU-Beitritt geben soll.

„Wie wir aus eigener Erfahrung wissen, kann man das Ergebnis eines solchen Referendums nie vorhersehen“, so die Reaktion des Europaabgeordneten Dr. Thomas Ulmer (CDU). „Im Vorfeld von Referenden werden oft gerade die Extrempositionen wahrgenommen und in Medien kommuniziert“. Der Antrag von Island zum Beitritt in die Europäische Union wurde bereits am 17. Juli 2009 gestellt. Seit Juli 2010 wird über den Beitritt verhandelt.

„Die Verhandlungen sind schon sehr weit fortgeschritten. 10 der

33 zu verhandelnden Kapitel wurden abgeschlossen, darin steckt sehr viel Arbeit und Zeitaufwand. Unter 'Kapitel' versteht man in diesem Falle zum Beispiel das Gesellschaftsrecht, Freizügigkeit der Arbeitnehmer und den freien Warenverkehr.

Diese Verhandlungen werden nun abgeschlossen, bis es ein Ergebnis des Referendums gibt. Es wäre schade, wenn durch die Polemik der Europagegner der Beitritt gefährdet wird“, sagte Ulmer.

EU-weite Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerflucht

Am vergangenen Dienstag hat das Europäische Parlament eine Entschließung verabschiedet, mit der sie die Steuerlücke von einer Billion Euro bis 2020 mindestens zur Hälfte schließen möchte.

„Wir müssen unseren Bürgern zeigen, dass wir für mehr Steuergerechtigkeit auf der europäischen Ebene kämpfen. Die Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung ist sowohl zum Schutz der nationalen Haushaltseinnahmen als auch für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Gerechtigkeit und Wirksamkeit der Steuersysteme wichtig“, so der Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer (CDU). Um das Vertrauen in die Steuersysteme wiederherzustellen, hat die EU auch eine Entschließung zur verbesserten Koordinierung der unterschiedlichen

Steuersysteme für die EU-Mitgliedstaaten angenommen.

„Durch die stärkere Verflechtung der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten werden zahlreiche Geschäfte grenzüberschreitend getätigt, dies hat den Bürgern sowie den Unternehmen Vorteile gebracht. Jedoch stellt es die Steuerbehörden vor enorme Herausforderungen“, sagte Ulmer, „hier müssen wir einen Rahmen für die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene schaffen, nationale Alleingänge sind hier weniger hilfreich.“

Neben dem Anliegen, die Steuerlücken zu schließen, soll es auch eine Definition für das Wort Steueroase geben, denn erst nach der einheitlichen Begriffsbestimmung kann eine europäische schwarze Liste gegen die Steueroasen aufgestellt werden.

Stärkung der europäischen Bankenaufsicht und Bankenregulierung

Bei der zukünftigen Bankenaufsicht und der Bankenregulierung gibt es einen Kompromiss zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission. Dieser Kompromiss führt zur Stärkung einer zentralen europäischen Bankenaufsicht.

Dr. Thomas Ulmer MdEP glaubt, dass die Koordination in der Aufsicht sinnvoll ist und zu mehr Sicherheit an den Finanzmärkten führt. Ziel ist eine schärfere Trennung von monetären Aufgaben und Aufsichtsaufgaben. „Eine funktionierende Bankenaufsicht kann es nur mit einer solchen Trennung geben“, ist der Parlamentarier überzeugt.

Zusätzlich bekommt das Europäische Parlament Un-

tersuchungs- und Nachfragerechte. Das Parlament hat Einfluss bei der Nominierung des Vorsitzenden und des Vize-Vorsitzenden der EZB-Aufsicht und kann auf eine Abberufung hinwirken. Systemrelevante Banken (mit einer Bilanzsumme über 30 Milliarden Euro) werden zukünftig von der EZB beaufsichtigt.

Nach dem in der letzten Straßburgwoche verabschiedeten Regelwerk Basel III sind für den Europaabgeordneten auch diese Bestimmungen ein Schritt in die richtige Richtung:

„Das Europäische Parlament zeigt mit den Beschlüssen der letzten Zeit, dass es die Gefahren der Wirtschaftskrise erkannt hat und für die Zukunft sinnvolle Vorkehrungen trifft.“

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU).

Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantwortl.), Tarunstr. 21,

74821 Mosbach, Telefon 06261 893991 Telefax 06261 893996

Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, BNC, Mobil 0171.6809454

Powered by: www.busse-nahrgang.com

Bildnachweis: Titelbild: © Matthias Busse; Foto Pellets: © European Union 2012/2013 - EP;

Foto Oettinger: © European Union 2013 - EP; Foto Hündin Lucie: © Matthias Busse;

Foto Ulmer: © Matthias Busse; Grafik Island: © European Union 2012/2013 - EP

E-Mail: info@thomasulmer.eu

Internet: www.thomasulmer.eu